

## Niederschrift

### über die in der 01. Sitzung des Kreisausschusses am 04.09.2014 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:15 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:15 Uhr  
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:20 Uhr

#### anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Düllings, Paul	Issum
Mulder, Andy	Kleve
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Natrop, Mathias	Kranenburg

#### anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Boxnick, Zandra  
Suerick, Wilfried  
Reynders, Rudolf  
Jansen, Christoph  
Keuken, Ruth  
Lamers, Silke  
Lamers, Monika

#### als Schriftführerin

Windmüller, Christina

- - - - -

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Landrat weist auf nachgereichte Unterlagen hin:

- Ergänzungsvorlage Nr. 51a/WP14 vom 01.09.2014 zu TOP 9 "Forum für Seniorinnen und Senioren hier: Besetzung des Gremiums"
- Wahlvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion zu TOP 2 „Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses“
- Wahlvorschlag CDU-Kreistagsfraktion vom 02.09.14 zu TOP 6“ Ersatzwahlen; hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve"
- Wahlvorschlag CDU-Kreistagsfraktion vom 02.09.14 zu TOP 10 „Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen für die Amtszeit vom 01.04.2015 bis 31.03.2020“
- Wahlvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 2 „Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses“
- Wahlvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 5 „Ersatzwahlen; hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss"
- Wahlvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 9 "Forum für Seniorinnen und Senioren hier: Besetzung des Gremiums"
- Wahlvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 9 "Ersatzwahlen; hier: Sparkassen-zweckverband für den Kreis Kleve und für die Stadt Kleve"
- Wahlvorschlag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP 9 "Forum für Seniorinnen und Senioren hier: Besetzung des Gremiums"
- Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrats an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

- - - - -

### **Öffentliche Sitzung**

- |    |   |         |
|----|---|---------|
| 1. | Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers und der Stellvertreter/innen  | 49/WP14 |
| 2. | Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses  | 50/WP14 |
| 3. | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung;<br>hier: Dienstreise von Vertreter/innen der Kreistagsfraktionen zum 5. Kreistagsforum des Landkreistages NRW am 26.08.2014 in Gütersloh bzw. am 27.08.2014 in Düsseldorf | 62/WP14 |
| 4. | Genehmigung einer Dienstreise;<br>hier: Dienstreise von Vertreter/innen der Kreistagsfraktionen zur Großen Landkreisversammlung des Landkreistages NRW am 17.11.2014 im Kreis Kleve                                     | 63/WP14 |

- |     |  |         |
|-----|--|---------|
| 5.  | Ersatzwahlen;<br>hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeaus-<br>schuss  | 74/WP14 |
| 6.  | Ersatzwahlen;<br>hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Betriebsausschuss<br>Rettungsdienst des Kreises Kleve  | 89/WP14 |
| 7.  | Ersatzwahlen;<br>hier: Sparkassenzweckverband für den Kreis Kleve und für die Stadt<br>Kleve   | 92/WP14 |
| 8.  | Vorschlag über die Wahl eines Vertreters/einer Vertreterin des<br>Kreises Kleve im Erbentag des Deichverbandes Xanten-Kleve  | 52/WP14 |
| 9.  | Forum für Seniorinnen und Senioren<br>hier: Besetzung des Gremiums   | 51/WP14 |
| 10. | Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und<br>Richtern beim Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen<br>für die Amtszeit vom 01.04.2015 bis 31.03.2020  | 68/WP14 |
| 11. | Einführung einer PKW-Maut<br>hier: Anregung der "Freien Wähler - Bürger im Kreis Kleve e.V."<br>vom 18.07.2014 und Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom<br>01.08.2014  | 90/WP14 |
| 12. | Anregungen gemäß § 21 Kreisordnung Nordrhein-Westfalen (KrO<br>NRW);<br>hier: Anregung zu den Themen Ärztemangel, Demografie und Zu-<br>sammenarbeit mit dem Kreis Wesel   | 97/WP14 |
| 13. | Einrichtung eines Bildungsganges „Fachklassen des dualen<br>Systems der Berufsausbildung nach BBiG oder der HwO“ für den<br>Ausbildungsberuf Fachinformatiker / Fachinformatikerin der<br>Fachrichtungen Anwendungsentwicklung und Systemintegration<br>gemäß Anlage A 1 APO-BK am Berufskolleg des Kreises Kleve in<br>Geldern, Ostwall 16, 47608 Geldern – Schulnummer: 173708 | 66/WP14 |
| 14. | Einrichtung eines doppelt qualifizierenden Bildungsganges<br>„Berufsausbildung nach BBiG oder der HwO und<br>Fachhochschulreife“ für den Ausbildungsberuf Dachdecker/in<br>gemäß Anlage A 3.2 APO-BK am Berufskolleg des Kreises Kleve in<br>Geldern, Ostwall 16, 47608 Geldern – Schulnummer: 173708  | 67/WP14 |
| 15. | Flughafen Niederrhein GmbH<br>hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom<br>19.08.2014   | 94/WP14 |
| 16. | Antrag zum Kreishaushalt 2015<br>hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.08.2014   | 95/WP14 |

- |     |  |         |
|-----|--|---------|
| 17. | Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs | 61/WP14 |
| 18. | Mitteilungen   |         |
| 19. | Anfragen   |         |

**Nichtöffentliche Sitzung**

- |     |  |         |
|-----|--|---------|
| 20. | Vorbereitung einer Gesellschafterversammlung<br>Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (KKA GmbH)                           | 85/WP14 |
| 21. | Grundstücksangelegenheiten<br>Fahrbahnerneuerung der Kreisstraße K 19 - Andropscher Kirchweg/Kreuzstraße/Speldroper Straße in Rees | 96/WP14 |
| 22. | Befristete Niederschlagung einer Forderung   | 60/WP14 |
| 23. | Befristete Niederschlagung einer Forderung   | 84/WP14 |
| 24. | Mitteilungen   |         |
| 25. | Anfragen   |         |

- - - - -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 49 /WP14

Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers und der Stellvertreter/innen

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Zur Aufnahme der Niederschrift über die Beschlüsse des Kreisausschusses für die Dauer der neuen Wahlperiode wird

Frau Christina Windmüller zur Schriftführerin

Frau Ruth Keuken zur Stellvertreterin

und Herr Christoph Jansen zum Stellvertreter

bestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 50 /WP14

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses

---

Auf die Frage des Landrats, ob weitere Wahlvorschläge eingereicht werden, ergeht keine Erklärung. Auf Nachfrage wird bestätigt, dass die bisher eingereichten Wahlvorschläge so zu verstehen sind, dass die erste stellvertretende Landrätin zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden und die zweite stellvertretende Landrätin zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werden soll.  
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses wird die erste stellvertretende Landrätin, Frau Hubertina Croonenbroek, gewählt. Zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisausschusses wird die zweite stellvertretende Landrätin, Frau Sigrid Eicker, gewählt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 62 /WP14

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung;  
hier: Dienstreise von Vertreter/innen der Kreistagsfraktionen zum 5. Kreistagsforum des Landkreistages NRW am 26.08.2014 in Gütersloh bzw. am 27.08.2014 in Düsseldorf

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die als Anhang beigefügte Dringlichkeitsentscheidung vom 03.07.2014 wird genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 63 /WP14

Genehmigung einer Dienstreise;  
hier: Dienstreise von Vertreter/innen der Kreistagsfraktionen zur Großen Landkreisversammlung des Landkreistages NRW am 17.11.2014 im Kreis Kleve

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Dienstreise der Vertreter/innen der Kreistagsfraktionen zur Großen Landkreisversammlung des Landkreistages NRW am 17.11.2014 im Kreis Kleve wird gemäß § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung des Kreises Kleve genehmigt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 74 /WP14

Ersatzwahlen;

hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

In der Nachfolge für die sachkundige Bürgerin Frau Annette Bleß-Heesen, wird der sachkundige Bürger Herr Paul Hoene als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 89 /WP14

Ersatzwahlen;

hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

In der Nachfolge für den sachkundigen Bürger Herrn Siegfried Assmann, wird die sachkundige Bürgerin Frau Verena Rothbrust als stellvertretendes Mitglied in den Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve gewählt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 92 /WP14

Ersatzwahlen;

hier: Sparkassenzweckverband für den Kreis Kleve und für die Stadt Kleve

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. In der Nachfolge für Herrn Jürgen Franken wird Frau Helma Sander in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für den Kreis Kleve und für die Stadt Kleve gewählt. In der Nachfolge für Frau Helma Sander wird Herr Jörg Vopersal als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung gewählt.

2. In der Nachfolge für Herrn Jürgen Franken wird Herr Klaus Brandt für die Wahl in den Verwaltungsrat der Sparkasse Kleve durch die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für den Kreis Kleve und für die Stadt Kleve vorgeschlagen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 52 /WP14

Vorschlag über die Wahl eines Vertreters/einer Vertreterin des Kreises Kleve im Erbentag des Deichverbandes Xanten-Kleve

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Herr Dipl.-Geograph Dr. Reynders wird als Kandidat für die Wahl in den Erbentag vorgeschlagen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 51 /WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren  
hier: Besetzung des Gremiums

---

Kreisausschuss einigt sich einvernehmlich, den Punkt ohne Beratung und Beschlussfassung an den Kreistag zu verweisen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 51 a/WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren  
hier: Besetzung des Gremiums

---

Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 68 /WP14

Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen für die Amtszeit vom 01.04.2015 bis 31.03.2020

---

KTM Franken erklärt, dass seine Fraktion noch keinen Vorschlag unterbreitet hat, da noch eine offene Frage bestehen würde. Er erkundigt sich, welche Bedeutung es konkret hat, dass die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter das Amt mindestens fünf Jahre bei einem Sozialgericht ausgeübt haben sollen. Der Vorschlag werde nachgereicht.

Landrat erläutert, dass mit dem Begriff „sollen“ der Gesetzeswortlaut wiedergegeben wurde. Soll-Vorschriften seien in Gesetzen verbindlich, würden aber Ausnahmen in atypischen Fällen zulassen. Somit sei die Vorschrift so zu verstehen, dass die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nicht zwingend mindestens fünf Jahre bei einem Sozialgericht das Amt ausgeübt haben müssen.

Wenn diese Voraussetzung vorliegt, sei dies jedoch vorteilhaft und würde die Chance erhöhen, dass die Person gewählt wird.

Kreisausschuss einigt sich einvernehmlich, den Punkt ohne Beratung und Beschlussfassung an den Kreistag zu verweisen.

Vorlage Nr. 90 /WP14

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Einführung einer PKW-Maut

hier: Anregung der "Freien Wähler - Bürger im Kreis Kleve e.V." vom 18.07.2014 und Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.08.2014

---

KTM Franken sagt, dass aus dem Antrag seiner Fraktion die Forderungen hinreichend deutlich werden. Es werde eine EU-konforme Regelung benötigt, die die Autofahrer in Deutschland nicht zusätzlich belastet und einen nennenswerten Gewinn hervorbringt. Die Zielsetzung des Ministers sei nicht zu erkennen und daher solle der Kreistag die Pläne ablehnen. Diese Forderung habe die Verwaltung mit dem Beschlussvorschlag umgesetzt. Hierfür möchte er sich bedanken. In den einzelnen Kommunen habe es bereits verschiedene Resolutionen gegeben. Seine Fraktion bittet darum, dass das von der Verwaltung zu fertigende Schreiben dem Kreistag zur Kenntnis gegeben wird. Der Antrag seiner Fraktion sei mit dem Beschlussvorschlag erledigt.

KTM Ulrich führt aus, dass seit Juli verschiedene Aktivitäten gegen die Pläne des Ministers gestartet seien. Die erste Initiative sein vom Landrat ausgegangen. Anschließend seien zahlreiche Resolutionen auf allen Ebenen beschlossen worden. Sie verweist auf das Schreiben von Frau Dr. Hendricks und Herrn Pofalla, in dem auf das weitere Vorgehen hingewiesen wird. Ihre Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

KTM Natrop erkundigt sich, ob es um die generelle Ablehnung einer PKW-Maut gehe oder um die Ablehnung der aktuellen Pläne des Bundesverkehrsministers.

Landrat antwortet auf die Frage von KTM Natrop, dass es um die aktuellen Pläne gehen würde. Zu KTM Franken möchte er sagen, dass ohnehin beabsichtigt sei, das Schreiben der Verwaltung den Kreistagsmitgliedern zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Kleve lehnt die Pläne zur PKW-Maut des Bundesverkehrsministeriums ab. Die Verwaltung wird beauftragt das Bundesverkehrsministerium hierzu anzuschreiben und auf die möglichen Folgen für den Kreis Kleve hinzuweisen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 97 /WP14

Anregungen gemäß § 21 Kreisordnung Nordrhein-Westfalen (KrO NRW);  
hier: Anregung zu den Themen Ärztemangel, Demografie und Zusammenarbeit mit dem Kreis  
Wesel

---

KTM Sickelmann sagt, dass ihre Fraktion die Ausführungen der Verwaltung akzeptiert. Der Beschlussvorschlag sei jedoch hart formuliert. Das Anliegen des Petenten sei grundsätzlich richtig. Daher möchte sie darum bitten, dass eine andere Formulierung gewählt wird. Man könne die Anregungen zur Kenntnis nehmen. Ansonsten würde sich ihre Fraktion enthalten.

KTM Engler schließt sich KTM Sickelmann an. Die Verwaltungsausführungen seien richtig. Es handele sich nicht um Anregungen sondern um Fragen. Man könne das Schreiben des Petenten zur Kenntnis nehmen.

KTM Prof. Dr. Klapdor erklärt, dass er das Anliegen seiner beiden Vorredner verstehen könne. Auch er ist der Ansicht, dass es sich um Fragen handelt. Daher könne der Kreisausschuss die Anregungen nicht annehmen und müsse diese ablehnen. Er sei sich sicher, dass die Verwaltung dem Petenten dies freundlich mitteilen wird.

KTM Ulrich schließt sich KTM Prof. Dr. Klapdor an. Sie sehe keine andere Möglichkeit, als dem Beschlussvorschlag zu folgen. Auch sie gehe davon aus, dass dies dem Petenten freundlich mitgeteilt wird.

KTM Franken äußert, dass beim Punkt 1 die aufgeworfenen Fragen sehr konkret seien und man hierauf antworten könne, dass die Thematik behandelt werde und das zuständige Gremium informiert werde. Bei diesem Punkt sei eine Zurückweisung zu hart formuliert.

KTM Schreiber führt aus, dass sich die Pflege- und Gesundheitskonferenz und insbesondere der dort gebildete Arbeitskreis mit dem Thema ärztliche Versorgung ausführlich auseinandersetzt und alle Anregungen aufnimmt. Man sei auf einem guten Weg, dass sich alle Ebenen zufrieden geben können. Die Anregungen von dem Petenten können daher zur Kenntnis genommen werden.

KTM Selders erkundigt sich, ob die Verwaltungsvorlage dem Petenten inhaltlich mitgeteilt wird oder ob er nur mitgeteilt bekommt, dass die Anregungen zurückgewiesen wurden. Man könnte dem Petenten schreiben, dass die Anregungen zurückgewiesen werden und zu den Anregungen könnte man ähnlich wie in der Vorlage Stellung nehmen.

KTM Eicker merkt an, dass man anscheinend die Anregungen formal zurückweisen muss. Das Anliegen in den Punkten 1 und 2 sei jedoch richtig und nur nicht erforderlich. Daher sei eine Zurückweisung hart.

Landrat erläutert, dass die Verwaltung dem Petenten freundlich aber auch deutlich antworten wird. Der Beschluss werde wiedergegeben. Grundsätzlich würde die Verwaltung im Einzelfall entscheiden, wie geantwortet wird. Die Vorlagen sowie die Niederschriften seien öffentlich und können von dem Petenten eingesehen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Die Anregungen vom 13.08.2014 werden zurückgewiesen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 66 /WP14

Einrichtung eines Bildungsganges „Fachklassen des dualen Systems der Berufsausbildung nach BBiG oder der HwO“ für den Ausbildungsberuf Fachinformatiker / Fachinformatikerin der Fachrichtungen Anwendungsentwicklung und Systemintegration gemäß Anlage A 1 APO-BK am Berufskolleg des Kreises Kleve in Geldern, Ostwall 16, 47608 Geldern – Schulnummer: 173708

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Schul- und Kulturausschuss.

KTM Franken nimmt Bezug auf die Ausführungen im Sachverhalt. Dort werde auf ein Abstimmungsverfahren hingewiesen und ausgeführt, dass über das Ergebnis des weiteren Verfahrens berichtet wird. Hiernach erkundigt er sich. Darüber hinaus fragt er, ob zum jetzigen Zeitpunkt abgestimmt werden müsse.

Ltd. KVD'in Boxnick erläutert, dass die benachbarten Schulträger mit Ausnahme des Kreises Wesel zugestimmt haben. Auch die Bildungspartner seien einzubeziehen. Die Bundesagentur für Arbeit und die Handwerkskammer haben zugestimmt. Jedoch nicht die IHK. Es sei seitens des Berufskollegs Geldern eine Umfrage an potentielle Ausbildungsbetriebe im Kreis Kleve gestartet worden. Die Rückmeldungen würden noch nicht alle vorliegen. Wenn alle Rückmeldungen eingegangen sind, würde die Bezirksregierung informiert und über den Bildungsgang entscheiden. Auf die Frage von KTM Franken antwortet Ltd. KVD Boxnick, dass auf jeden Fall abgestimmt werden solle. Im Schul- und Kulturausschuss sei eine einstimmige Empfehlung ausgesprochen worden und die Vorermittlungen in dem Bereich hätten gezeigt, dass Potential vorhanden sei. Die Chancen sollten genutzt werden.

KTM Prof. Dr. Klapdor appelliert an alle, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Am Berufskolleg des Kreises Kleve in Geldern wird ab dem Schuljahr 2015/2016 eine Fachklasse des dualen Systems der Berufsausbildung nach BBiG oder der HwO für den Ausbildungsberuf Fachinformatiker / Fachinformatikerin der Fachrichtungen Anwendungsentwicklung und Systemintegration gemäß Anlage A 1 APO-BK eingerichtet.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 67 /WP14

Einrichtung eines doppelt qualifizierenden Bildungsganges „Berufsausbildung nach BBiG oder der HwO und Fachhochschulreife“ für den Ausbildungsberuf Dachdecker/in gemäß Anlage A 3.2 APO-BK am Berufskolleg des Kreises Kleve in Geldern, Ostwall 16, 47608 Geldern – Schulnummer: 173708

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Schul- und Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Am Berufskolleg des Kreises Kleve in Geldern wird ab dem Schuljahr 2015/2016 der doppelt qualifizierende Bildungsgang „Berufsausbildung nach BBiG oder der HwO und Fachhochschulreife“ für den Ausbildungsberuf Dachdecker / Dachdeckerin gemäß Anlage A 3.2 APO-BK einzügig eingerichtet.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 94 /WP14

Flughafen Niederrhein GmbH

hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 19.08.2014

---

KTM Sickelmann führt aus, dass ihre Fraktion sich wünscht, dass das was in der Koalitionsvereinbarung der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion geschrieben steht, auch umgesetzt wird. Dies führe zu Planungssicherheit.

KTM Prof. Dr. Klapdor merkt an, dass zwischen seiner Fraktion und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Unterschied bestehe. Seine Fraktion möchte, wie die meisten anderen Fraktionen auch, den Flughafen weiter bestehen lassen. Es gehe um die Überlegung, wie die Risiken aus dem Kreishaushalt herausgehalten werden können. Die Vereinbarung zu dem Punkt sei mit der CDU geschlossen worden, da in der Vergangenheit hierzu nicht immer Einigkeit bestanden habe. Jetzt habe man jedoch erst 2014 und könne noch nicht sagen, wie 2016 die Vereinbarungen aussehen werden. Daher sei der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt überflüssig.

KTM Natrop schließt sich KTM Prof. Dr. Klapdor an. Der Antrag sei zum jetzigen Zeitpunkt zu früh und ein schlechtes Zeichen für Investoren.

KTM Franken äußert, dass seine Fraktion vertragstreu bleiben möchte. Bis 2016 würde es keine Notwendigkeit geben, einem solchen Antrag zuzustimmen. Seine Fraktion werde die Zukunft des Flughafens weiter kritisch begleiten. Hierzu habe man eine erste Klausurtagung gehabt und werde weitere Grundlagen ermitteln. Es ist beabsichtigt, zu einigen Punkten Akteneinsicht zu beantragen.

KTM Ulrich teilt die Ansicht von Prof. Dr. Klapdor. Ihre Fraktion sei durchaus in der Lage die eigene Kooperationsvereinbarung zu lesen und zu bewerten. In Verbindung mit der Präsentation der Vereinbarung habe man deutlich gemacht, wie man zum Flughafen stehe. Es gehe nur darum, für die Zeit nach 2016 vernünftige Lösungen zu finden. Der Antrag werde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.08.2014 wird abgelehnt.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 95 /WP14

Antrag zum Kreishaushalt 2015

hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.08.2014

---

KTM Franken führt aus, dass der Städte- und Gemeindebund eine erste Prognose veröffentlicht habe und jetzt auch die erste Modellrechnung vorliegen würde. Aus der Ergänzungsvorlage würde hervorgehen, dass Ergebnisverbesserungen von rd. 3,8 Millionen Euro erzielt werden können. Die Verwaltung habe in der ursprünglichen Vorlage ausgeführt, dass bewusst auf die erste Modellrechnung gewartet würde. Da diese nun vorliegt, führt die Verwaltung aus, dass das Ministerium für Inneres und Kommunales ungewöhnlich deutlich auf den vorläufigen Charakter und die Unsicherheit hinsichtlich des Steuerverlaufs hinweist. Abschließend werde gesagt, dass die erste Modellrechnung als extrem unsicher einzustufen sei. Die Verwaltung gehe jedoch nicht darauf ein, was eintreten könnte und weise lediglich darauf hin, dass ein Nachtragshaushalt dann zu erlassen sei, wenn erhebliche Veränderungen dieses erforderlich machen. Er erkundigt sich, was als erhebliche Veränderungen angesehen werde. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass an mehreren Stellen der Haushalt einer Überarbeitung bedarf und daher ein Nachtragshaushalt zu erlassen ist. Zum Thema Doppelhaushalt sei zu sagen, dass dieser eine Ausnahme bleiben sollte. Im Kreis Kleve würde aus der Ausnahme eine Regelmäßigkeit gemacht.

KTM Ulrich äußert, dass der Antrag der SPD-Fraktion an der Realität vorbeigehen würde. Hinsichtlich der Steuereinnahmen des Landes und der damit verbundenen Unwägbarkeiten müsse man sich nur die Medienberichte der letzten Tage ansehen. Eine zusätzliche Kreditaufnahme des Landes sei für 2014 und 2015 angekündigt. Weiterhin würde es keine endgültigen Überlegungen geben, wie man mit dem Thema Eingliederungshilfe umgeht. Man könnte noch mehr ausholen, um zu begründen, wie unsicher die Situation sei. Aus dem Schreiben des Ministeriums vom 27.08 würde ebenfalls deutlich, dass keine gesicherten Daten vorliegen. Gesicherte Daten würden frühestens nach dem 30.09 vorliegen. Ihre Fraktion sei froh darüber, dass der Kreis Kleve verlässliche Zahlen für die Kommunen liefert.

KTM Sickelmann erklärt, dass ihre Fraktion sich enthalten werde. In der Sache würde der Antrag unterstützt. Das momentan vorliegende Zahlenmaterial könne jedoch nicht als belastbar angesehen werden. Über den Antrag solle Ende des Jahres erneut entschieden werden. Die Situation des Landeshaushaltes sei in den letzten Tagen durch die Presse gegangen. Die Auswirkungen auf den Kreishaushalt können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden.

Prof. Dr. Klapdor sagt, dass er im Wesentlichen KTM Sickelmann zustimmen möchte. Der Antrag der SPD-Fraktion solle zurückgestellt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt seien die Zahlen spekulativ.

KTM Natrop schließt sich KTM Prof. Dr. Klapdor an und bittet darum, dass der Antrag aufgrund der unsicheren Datenlage zurückgestellt wird.

KTM Wucherpfennig äußert, dass die vorgetragenen Argumente bemerkenswert seien. Im vorigen Jahr sei man dazu gebracht worden, einen Haushalt für zwei Jahre zu beschließen und jetzt argumentiere man, dass die Datenlage für einen Nachtragshaushalt zu spekulativ sei. Dann müsse der beschlossene Haushalt mehr als spekulativ angesehen werden. Ihre Fraktion erwarte, dass im Laufe des Jahres ein Nachtrag beraten werde. Die Verwaltung gehe mit ihren Berechnungen auf die äußerst sichere Seite. In dem beschlossenen Haushalt sei eine hohe Entnahme aus der Rücklage vorgesehen. Durch die erhöhten Landeszuweisungen wird sich die Entnahme reduzieren und die Kreistagsmitglieder dürfen sich dann anhören, wie fantastisch der Kreis gewirtschaftet habe. Ihre Fraktion habe einen Doppelhaushalt abgelehnt, um die neuen Kreistagsmitglieder nicht zu

binden. In der Gemeindeordnung würde stehen, dass ein Doppelhaushalt eine Ausnahme sein sollte.

KTM Düllings nimmt Stellung zu den Aussagen von KTM Wucherpfennig. Doppelhaushalte würden seit einigen Jahren im Kreis verabschiedet. Dies sei von der SPD auch mitgetragen worden. Erst im letzten Jahr sei dies anders gewesen. Es handele sich jedoch um eine mehrheitliche und demokratische Entscheidung, die zu akzeptieren sei. Die Kommunen benötigen Planungsgrundlagen. Der Kreis sei vorbildlich mit seiner niedrigen Kreisumlage. Wenn im Ergebnis tatsächlich eine geringere Entnahme entstehen würde, würde dies nichts daran ändern, dass man trotzdem eine Entnahme aus der Rücklage habe. Aufgrund der Sondersituation habe man eine Ausnahme bestritten und einen unausgeglichene Haushalt vorgelegt. Dass Sicherheiten im Haushalt eingebaut werden, um sich vor Unwägbarkeiten zu schützen, gehöre zu einer guten Haushaltswirtschaft. Die Finanzpolitik des Kreises sei sehr solide.

Landrat weist darauf hin, dass eine wesentliche Veränderung, die zu einem Nachtragshaushalt führen kann, nicht vorliegt. Selbst wenn alle beschriebenen Möglichkeiten eintreten würden, würde keine wesentliche Veränderung vorliegen, da dies nur bei einer negativen Veränderung der Fall sei. Die SPD würde in ihrem Antrag ausführen, dass einjährige Haushalte besser seien. Hierzu möchte er auf das Vorgehen des Landschaftsverbandes verweisen, welches im Widerspruch zu der Wertung der SPD hier im Hause stehe. Der Landschaftsverband führe in einem Schreiben vom 01.09. aus, dass keine Umlagesenkung angedacht sei. Es werde auf Risiken aufgrund des unsteten Steuerverlaufs hingewiesen und dass die Berechnungen vorläufig seien. Außerdem werde die Verabschiedung eines Doppelhaushaltes vorgeschlagen, um die Planungssicherheit zu erhöhen. Beim Kreis würde dies ebenfalls so praktiziert und von allen Kommunen begrüßt. Daher solle der Antrag der SPD abgelehnt werden. Der Kreis sei auf dem richtigen Weg. Weder die Gemeindeordnung noch die Kreisordnung würden besagen, dass Doppelhaushalte eine Ausnahme sein sollten. Ein- und zweijährige Haushalte würden gleichwertig nebeneinander stehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.08.2014 wird abgelehnt.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 95 a/WP14

Antrag zum Kreishaushalt 2015  
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.08.2014

---

Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 61 /WP14

Finanzierungsbeitrag der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Da eine erhebliche Härte bei den Aufwendungen für kommunale Leistungen im Rahmen der Finanzierungsbeteiligung gemäß § 5 AG SGB II NRW im Jahr 2013 nicht eingetreten ist, scheidet die Regelung eines Härteausgleichs für das Jahr 2013 aus. Eine Härteausgleichssatzung 2013 wird somit nicht erlassen.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 65 /WP14

Geschäftsbericht für den Peter-Albers-Studienfonds 2013

---

Kreisausschuss nimmt Kenntnis.